



Frau und Politik

ROBERT NEF

Es ist schade, wenn zutiefst vernünftige staatskeptische und im besten Sinn soziale Überlegungen nicht aktiver und wirksamer ins politische Kräfteparallelogramm eingebracht werden.

Die Wahl- und Abstimmungsbeteiligung von Schweizer Frauen ist im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich und sie soll in den letzten Jahren sogar rückläufig sein. Wo liegen die Gründe? Gibt es tatsächlich auch nach zwei Generationen noch das „mangelnde Interesse für Politik“ als Folge der späten Einführung des Frauenstimmrechts, oder haben wir eine neue Phase der Frauenemanzipation erreicht, in der viele Frauen selbstbewusst genug sind, um ihr aktives Desinteresse an Politik offen zu deklarieren und auch zu praktizieren und andere Prioritäten zu setzen? Das Rollenverständnis der Geschlechter ist seit je durch zahlreiche Vorurteile, Mythen und traditionell tief verankerte Clichés bestimmt, die grösstenteils jenseits der Politik liegen.

Die Frauenbewegung hatte das Ziel, jede Ungleichbehandlung der Frauen abzuschaffen, nötigenfalls um den Preis einer zusätzlichen Bevormundung aller durch egalitäre Zwangsvorschriften. Möglicherweise sind es heute ausgerechnet die wirklich emanzipierten Frauen, die das Gefühl der permanenten Benachteiligung abgelegt haben und für den verbissenen politischen Kampf um sogenannte „Frauenanliegen“ kaum noch Verständnis aufbringen, sondern eher mit den Nachteilen hadern, die gut gemeinte Schutz- und Fördermassnahmen mit sich bringen.

Das Thema "Frau und Politik" verlangt zunächst eine Analyse, was es dazu an Allgemeingültigem überhaupt zu bemerken gibt. Der markanteste Schritt auf dem Weg der Frauenemanzipation war nicht das politische Frauenstimmrecht (das die Gesellschaft effektiv zwar etatistischer aber nicht durchwegs frauen- und damit auch menschenfreundlicher gemacht hat), sondern die zivilrechtliche Vermögensfähigkeit, die uneingeschränkte Erbberechtigung und das Scheidungsrecht, sowie die Öffnung der Märkte, speziell der Arbeitsmärkte.

Es gibt weder die Frau noch die Politik. Zunächst ist kritisch festzuhalten, dass die sogenannte Frauenfrage sowohl von Männern als auch von Frauen und von Fachleuten aller Art und beiden Geschlechtes häufig von einem bestimmten generalisierten Frauenbild her angegangen worden ist: „Wie die Frau ist, wie sie immer war, wie sie sein sollte...“ Es gibt nur etwas, das noch unliberaler ist, als wenn Männer Frauen vorschreiben, was eine "typische Frau" sei: Wenn Frauen dies gegenüber Frauen tun, wie dies in neueren Publikationen gelegentlich geschieht.

Wer immer auch "im Namen aller Frauen" spricht, ist suspekt. Allgemeinverbindliche Aussagen über "die" Frau und "die" Frauen sollten daher genau unter die Lupe genommen werden, besonders wenn sie von Männern stammen. Aber auch Frauen machen sich gelegentlich etwas vorschnell zu Anwältinnen von „allgemeinen Fraueninteressen“, die eigentlich nur Gruppeninteressen bestimmter Frauen sind. Wollen Frauen tatsächlich eine Politik, die aktiv sogenannte Fraueninteressen verfolgt? Hilfe und Unterstützung, das wissen wir auch aus Erfahrungen in der Entwicklungshilfe, sind immer etwas Ambivalentes, und sie schlagen schnell einmal in eine neue Bevormundung um. Da Frauen mehr als die Hälfte der Bevölkerung stellen, kann man sie nicht einfach als "hilfebedürftige Randgruppe" behandeln, ohne damit eine Diskriminierung auf höherer Ebene zu provozieren.

Der Feminismus des letzten Jahrhunderts ging davon aus, dass es einen Geschlechterkampf gibt, bei dem der Staat die Aufgabe hat, mehr Gleichberechtigung herbeizuführen. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Ungleichheiten sollten durch staatliche Zwangsvorschriften und durch Massnahmen im Erziehungsbereich beseitigt werden. Der Staat wurde als „Freund und Helfer“ der Frauen gedeutet, kurz: Mehr Gleichberechtigung durch mehr Staat. Die Vorstellung, dass ein überregulierter Staat sich in vielen Fällen auch gegen die Interessen vieler Frauen wendet und mehr Markt und mehr Privatautonomie wirksamere Beiträge zum Abbau von veralteten Clichés und Vorurteilen leisten könnten als klagbare Rechte, hat sich erst in den letzten Jahren entwickelt.

Der Markt, auch der Arbeitsmarkt, bewertet im deregulierten Spannungsfeld von Angebot und Nachfrage ausschliesslich die Leistung. Wenn es zutrifft, dass Frauen — vor allem in einer Dienstleistungsgesellschaft — Gleiches oder sogar Besseres zu leisten imstande sind als Männer, wird jeder politische Zwang überflüssig und kontraproduktiv und vielleicht schon in naher Zukunft ein neues Machtinstrument von sich diskriminiert fühlenden unfähigen Männern. Jene Frauen, deren „Politik“ einfach darin besteht, im komplexen Geflecht von Angeboten und Nachfragen so kreativ, produktiv und attraktiv wie möglich zu sein, sehen im kämpferischen Feminismus ein Relikt aus dem 20. Jahrhundert. Gefragt ist heute nicht der Kampfgeist, sondern die "soziale Phantasie" und das Einfühlungsvermögen in vorhandene und entstehende Bedürfnisse. Jene Anliegen, welche die Frauen selbstbewusst in die familiäre Partnerschaft und in ihre Arbeitsverträge einbringen, und dort aufgrund ihres faktischen Einflusses und ihres Verweigerungspotentials auch durchsetzen, sind die wertvollsten und wirksamsten Beiträge zur tatsächlichen Gleichberechtigung, die gleiches gleich und Ungleiches nach Massgabe der Ungleichheit ungleich behandelt.

Viele Anliegen der Gleichberechtigung sind in der täglichen massgeschneiderten Praxis besser zu realisieren als über konfektionierte Gesetze, die sehr oft dem Einzelfall nicht gerecht werden. Vorurteile werden am wirksamsten dort bekämpft und überwunden wo sie auch herkommen, nämlich im Alltagsbereich, der als „Soziokultur“ vor allem in der Kleinfamilie anderen Gesetzmässigkeiten folgt als die politische Gemeinschaft. Das wirksamste Steuerungsmittel ist dort nicht der Zwang, sondern die Erziehung, die vor allem in der rollenprägenden Kleinkinderzeit weitgehend fest in Frauenhänden ist.

In Abwandlung eines "68er Spruchs" könnte man sagen "Männer werden nicht als Machos geboren, sie werden zu Machos erzogen" — von wem eigentlich? Warum ist bei vielen Frauen trotz ihrer real existierenden (aber wenig genutzten) Schlüsselstellung bei der sogenannten Rollensozialisation der Glaube an die frauenbefreiende Staatsintervention so stark entwickelt? Warum erwarten sie ihr Heil vom Staat, der doch seinem Wesen nach mit seinem Zwangsmonopol und seinen hierarchischen Institutionen eher eine männliche Erfindung ist? Ich glaube nicht, dass die Frauen generell einen "natürlichen Hang" zum Sozialismus bzw. zur linken und linksgrünen Politik haben. Es trifft zu, dass der militante Feminismus der 60er Jahre zusammen mit den Neolinken marschierte. Diese wurden aber von

hellhörigen und feinfühligere Genossinnen schon früh als ganz gewöhnliche Machos entlarvt. In den 68er Kommunen gab es mindestens so viel "Dreckerarbeit" für Frauen wie in bürgerlichen Familien und nach verschiedenen Aussagen auch recht viel "sexuelle Ausbeutung", und viele Vorkämpfer des „echten Bewusstseins“ für internationale Solidarität haben in rasch wechselnden Partnerschaften oft jede mitmenschliche und geschlechterübergreifende Solidarität vermessen lassen — meist zu Lasten von Frauen und Kindern.

Die intensiven Erfahrungen, welche Frauen in der Familiengemeinschaft sammeln können, dürfen und müssen, begründen ihre berechnete Skepsis gegenüber Grossorganisationen, Machtgebilden und Hierarchien aller Art. Viele Frauen scheuen kämpferische Auftritte auf der öffentlichen Bühne und bevorzugen massgeschneiderte lebensnahe praktikable Lösungen. Frauen haben durchschnittlich insgesamt eine (empirisch nachgewiesene) Höherbegabung für sprachliche Kommunikation als Männer und sind daher für vertragliche und verträgliche Lösungen sozialer Konflikte prädestinierter. Kurz, sie sind für eine Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips in Richtung "kleiner Netze" und aufgrund von Selbsthilfeorganisationen in hohem Mass geeignet, und sie sind weniger anfällig für alle Spielarten des kollektiven Machbarkeitswahns.

Dies ist wohl einer der Hauptgründe, für die unter Frauen heute eher zunehmende allgemeine Skepsis gegenüber der „grossen Politik“. Für viele Frauen ist Politik ein mehr oder weniger absurdes und lebensfernes Männerspiel, vergleichbar etwa mit Mannschaftssport. Eine Sitzverschiebung im Parlament und ein Regierungswechsel verändert ihr Leben weniger als ein Wechsel in der Familie, am Wohnort oder am Arbeitsplatz. Ist es — aus liberaler und staatskeptischer Sicht — so daneben, wenn Frauen den letzteren Fragen mehr Zeit und Energie widmen? Natürlich ärgert es liberal politisierende Männer, wenn die politikkritischen Frauenstimmen einfach wegen aktivem Desinteresse ausfallen. Bevor man stimmabstinente und politikabstinente Frauen aber als besonders „rückständig“ abqualifiziert, sollte man sich überlegen, ob nicht viele Frauen letztlich „postmoderner“ sind als die Männer.

In einer Zivilgesellschaft ist das selbstbestimmte Privatleben wichtiger als jene Politik, die sich via Mehrheitsprinzip, Steuern und kollektiven Zwangsvorschriften permanent ins Privatleben anderer einzumischen versucht. Liberale Politik will anstelle von Gewalt und Herrschaft, Vertrag und Konsens (wörtlich: übereinstimmendes Gefühl) ins Zentrum rücken. Und wer wäre berufener als Frauen, die Herrschaft dort zu entlarven, wo sie sich als allgemeinverbindlicher Zwang etabliert hat. Ja zur Freiheit bedeutet nicht einfach Ja zum erbarmungslosen Wettbewerb, sondern Ja zu jener spontanen Ordnung als Resultat eines Dauerexperiments privatautonomer kleinerer und grösserer Vertrags- und Kommunikationsnetze. Wenn für immer mehr Frauen das Private Priorität erlangt und die Politik als bisweilen lächerliches Machtspiel durchschaut wird, ist dies kein schlechtes Zeichen für das Verhältnis von Frau und Politik. Selbstbestimmung beginnt zu Hause, und politische Mitbestimmung ist oft nichts anderes als die Einmischung in die Selbstbestimmung der Nachbarn, Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Frauenpolitik um den Preis einer zusätzlichen Besteuerung und Bevormundung aller ist ein Minussummenspiel. Es ist schade, wenn zutiefst vernünftige staatskeptische und im besten Sinn soziale Überlegungen nicht aktiver und wirksamer ins politische Kräfteparallelogramm eingebracht werden. Aber wo ist denn die politische Partei, wo ist die Politikerin, die antietatistische Ziele glaubwürdig vertritt und auch umsetzt?

Publiziert in *Schweizer Monatshefte*

Mai 2007

